

# Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.  
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, März/April 2016

66. Jahrgang, Nr. 761/62

## Mit Paukenschlägen, Sprechchören und Vuvuzela-Klängen durch Berlin

**13. April:** Protestaktion gegen das Renten-Unrecht bündelt noch einmal die Kräfte der Opfer

Hätte die Aktion halb so viel Gehör gefunden wie in ihre Vorbereitung investiert worden und wie nachher die Stimmung unter den Teilnehmern gewesen ist, wäre der Donner bis an die Grenzen des Kontinents gerollt. Doch die Medien – gemeint sind natürlich nicht Stacheldraht und Freiheitsglocke – hielten sich mit ihrem Interesse zurück, und so ist es auch für die Politikerinnen und Politiker relativ leicht, über das Ansinnen, das mit dem Kampf um Gerechtigkeit einhergeht, geflissentlich hinwegzusehen. Immerhin jedoch berichteten der Berliner Kurier und die Frankfurter Allgemeine. Auch ein Vertreter

was es bei der Demonstration ging. Ein Erfolg war die Aktion dennoch, und das erfüllt uns mit Stolz. Aus allen Teilen Deutschlands kamen die gut zweihundert Teilnehmer gereist, die mit Witz und Bissigkeit treffsichere Sprüche, Grafiken und

Formation durch die deutsche Hauptstadt Berlin und machten mit Paukenschlägen, Sprechchören und Vuvuzela-Klängen auf das Renten-Unrecht aufmerksam. Wie geplant wurde an den festgelegten Stellen Halt gemacht, so dass man sich schlagkräftig zu Wort melden konnte („Nahles raus, aus dem Haus!“). Mit im Zug der bereits früher als Fürsprecher agierende Dr. Hubertus Knabe. (Dieter Dombrowski hatte leider krankheitsbedingt absagen müssen.) Diese großartige Aktion macht Mut für die nächste Demo, die in Karlsruhe stattfinden soll. Man sieht, die Verbände wie auch die unverdrossenen Einzelkämpfer rücken näher zu-



der dpa war vor Ort. Die Berichte fielen freilich unterschiedlich aus, denn offensichtlich war den Verfassern nicht in jedem Fall klar, um

Karikaturen vorbereitet hatten, die nicht nur das Thema Renten-Unrecht darstellten. Lautstark und engagiert pilgerten sie in bunter

sammen. Mag der Weg zum eigentlichen Ziel auch ein Stück voraus liegen, so wissen wir: Es gibt uns SED-Opfer noch! T. Haltern

Seit der letzten Fg-Ausgabe hat sich politisch in unserem Land eine Menge getan. Wir hatten in drei Bundesländern Wahlen, die uns wesentliche neue Erkenntnisse beschert haben. Gemeint sind die kolossalen Zuwächse an Wählerstimmen für die AfD. Sicher, das kam nicht unerwartet. Eher überraschte der gleichzeitige hohe Verlust an Stimmen bei den beiden ehemals großen Parteien CDU und SPD. Dass es für Merkel und Gabriel einen Denkkzettel geben würde, war abzusehen. Aber was nun geschah, ließ – zumindest mich – den Atem stocken. In Sachsen-Anhalt bekamen diese beiden Parteien nicht mal gemeinsam die Mehrheit für eine Regierungsbildung zusammen. Unversehens stellt sich die Frage, was im nächsten Jahr geschehen wird, wenn ein neuer Bundestag gewählt wird.

Ich persönlich bleibe auf Distanz zur AfD, das stelle ich hiermit klar, und es wird nichts nützen, mich eines Besseren belehren zu wollen oder mit Beschimpfungen aufzuwarten. Die Partei hat sich noch in keiner öffentlichen Stellungnahme kritisch zur DDR geäußert, sie hat auch nicht die Rolle des Widerstands und der Opfer reflektiert. Ich sehe darin noch nicht mal eine Nachlässigkeit, sondern ich rechne es der Tatsache zu, dass die AfD scharenweise Zulauf aus dem Stimmenlager der Linken gezogen hat. Diese Option war quasi vorab ausgelotet worden. Man wird also im Parteiprogramm schwerlich den Fehler machen, sich negativ über den Arbeiter- und Bauernstaat zu äußern und die Wählerinnen und Wähler von links verprellen.

Ungeachtet dessen steht fest, dass in der Politik endlich Wahrheiten ausgesprochen werden müssen. Hierzu wurden in der AfD genügend Vorstöße unternommen, auch wenn solche einfachen Sätze wie „Merkel muss weg!“ keine überzeugende politische Botschaft sind. Richtig ist, dass unser Land mehr Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit und Diskussionsfreiheit braucht und wir über den Weg zum gemeinsamen Europa neu nachdenken müssen. Man kann anderen Ländern nicht vorschreiben, wie sie zu handeln haben und sich da-

bei auf ihre finanzielle oder militärische Abhängigkeit berufen. In der jetzigen Situation wäre es dann in der Tat besser, einen Schnitt zu machen, Verträge und Bindungen aufzulösen und sich allmählich erneut anzunähern.

Wenn ich auf die Bundesregierung schaue, bin ich entsetzt. Haben wir überhaupt noch eine Regierung? Kanzlerin und Vizekanzler wirken, als stünden sie bis zur Unterkante des Gesichts im Wasser. Nur Horst Seehofer spricht Klartext, doch er wird diskreditiert.

---

## Auf ein Wort des Redakteurs

---

Frau Merkel hat mit ihrer Flüchtlingspolitik eine Lawine losgetreten, durch die sie sich isoliert hat und die sie nun nicht bewältigt. Seit Monaten schweigt sie uns Bürgerinnen und Bürger an. Hält sie ihr Volk und „ihr“ Land für unmündig oder unwürdig? Müssen wir auf die nächste Neujahrsansprache warten, ehe sie sich den Menschen wieder einmal zuwendet? Vermutlich wird es solcher Bekundungen wie „Merkel muss weg!“ gar nicht bedürfen. Mit dem jetzigen Verhalten sägt sich die Kanzlerin den Ast selbst ab, auf dem sie sitzt. Allein ihre Türkei-Politik dürfte sie neuerlich Wählerstimmen kosten. Kann man sich mit einem Präsidenten Erdogan, der seit Jahren gegen Menschenrechte verstößt und sich die Verhältnisse im Land gewaltsam so zurechtschmiedet, wie sie seiner Machterhaltung dienlich sind, auf Augenhöhe begegnen? Kann man sogar die Bürger in Deutschland schelten, die Erdogan – mag es auch in billiger Art geschehen sein – in Form von Satire den Spiegel vorhalten? Als SED-Opfer haben wir alle erfahren, was Zensur heißt. Sie heißt, wenn man sich ihr nicht beugt, Haft und Folter. Mag sein, dass wir uns in Deutschland noch gegen Verbote und Verfolgung wehren können, aber was bedeutet es, wenn unsere regierende Kanzlerin den Diktator der Türkei in Schutz nimmt? Es bedeutet Verrat an den Opfern von Gewalt und Unterjochung. Es heißt für gewöhnlich, aus der Geschichte solle

man lernen. Wenn ich diesen Satz erinnere, muss ich fragen, was hat Frau Merkel aus der DDR mitgenommen, dass sie einem Diktator klein beigibt?

Dass ich im vorigen Teil derart klare Worte geschrieben habe, hat nicht mit einer Anti-Haltung zur CDU oder anderen demokratischen Parteien zu tun. Jeder und jede im Land sollte die Gelegenheit ergreifen und sich positionieren. Das Recht, in sachlicher Weise auf Fehler und Missstände hinzuweisen, haben wir alle. Wir als SED-Opfer sind ohnehin in einer schweren Lage. Wir fallen zusehends der Bedeutungslosigkeit anheim. Unsere Leiden, unsere Schicksale, aber gerade unsere Verdienste werden – soll man sagen, mit Absicht – auf politischer Ebene übersehen. Auch was die Medien an Aufarbeitung betreiben, unterliegt dem Streben nach hohen Einschaltquoten. Wir leiden unter dem Dilemma einer schnelllebigen und sensationslüsternen Zeit. Der Kommunismus als Diktatur währte zwar erheblich länger als das Dritte Reich, aber die Opfer jener anderen Epoche werden höher bewertet. Der Kommunismus wird zunehmend auch als Gesellschaftsform mit guten Zügen ausgedeutet, seine Vertreter treffen wir oft genug in den Sendungen des Fernsehens und der Parlamente. In der Gegenwart hingegen nimmt das Flüchtlingsdrama breiten Raum ein. Natürlich sind die Menschen, die alles verloren haben, zu bedauern, und es ist schlimm genug, wenn dann gar noch deren Unterkünfte in Flammen aufgehen. Aber kann man von Ausgewogenheit reden, wenn Bautzen zum Schauplatz von Gewalthandlungen wird und alle Welt schaut dorthin, aber keiner nimmt das in den Mund, woran wir Ex-Häftlinge spontan denken: der Knast, das Zuchthaus, das viel größere Unrecht. Nicht mal Herr Gauck, Bundespräsident *aller* Deutschen, hat bei seinem Besuch ein Wort über die Opfer, von denen wir als VOS nur zu gut wissen, ein Wort verloren. Ehrlich gesagt, mich stimmt in der Politik und den Medien vieles bedenklich.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*



## In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

### Titelseite

#### Rentenbetrug, Rentenunrecht – die DEMO

VOS beteiligt sich wirksam am großen Marsch durch Hauptstadt (hierzu: Interview auf Seite 6)

### Redaktionsthema:

#### Nur noch ein Schatten früherer Zeiten

Die Bundesregierung wirkt, als stünde sie bis zur Unterkante des Gesichts im Wasser 2

#### Den „Staffelstab“ an die Kinder und Enkel weitergeben – kann man „so“ darüber reden?

Ist es pietätlos über Testamentsverfügungen zu diskutieren, um damit die VOS zu unterstützen 4

#### Die Bahn macht mobil – leider fehlt es an Dampf

Eine Pressekonferenz und wesentliche Ergebnisse wirken nicht zielführend 4

#### Für und mit der VOS: Infos

Ausstellungen von VOS-Mitgliedern, Terminankündigungen, Nachruf 5

#### TRANSPARENTE, TRANSPORTE – AUCH FÜR GEHBEHINDERTE –, UNTERKÜNFTE, FÜR ALLES WURDE GESORGT

Das Interview zur großen Berlin-Demo gegen das Rentenunrecht 6 - 9

#### Zwei Beiträge zur Zukunft der Stasi-Akten:

##### Es wird sich gar nicht viel ändern

Die Stasi-Akten werden an das Bundesarchiv übergeben und bleiben verfügbar 10

#### Rührung, Glück und ganz große Geschichte

Zum Tod des früheren Außenministers 11

#### Eine besonders interessante Tafelrunde

Als Zeitzeuge und VOSler viel Gehör gefunden 11

#### Die Begründung kann stichhaltiger nicht sein

„Stasi-Akademiker“ sollen gelöscht werden 12

#### Die politische Verfolgung geht weiter

Über das schwierige Verhältnis von Opfern und Historikern 12

#### Muckst du auf, bist du gleich ein Rechter

Ein Plädoyer gegen die pauschale Verteufelung des Landes Sachsen und seiner Menschen 13 - 14

#### Das Erinnern ist ein seltsames Ding

Der Bundespräsident besucht Bautzen, aber er hat kein Wort für die Schicksale der SED-Opfer 14

#### Literatur in der Fg: drei interessante Bücher

Wie sich posttraumatische Belastungen auf spätere Generationen auswirken / Herbst 1989 14

#### Nachruf auf W. Sauerzweig und G. Westerwelle

Zwei, die wir vermissen werden 15

#### Termine:

Treffen der Ex- Brandenburger Häftlinge und der VOS BZG Ostwestfalen 16

Information/ Veranstaltungen 5, 16

Todesmeldungen, Nachruf 5, 15

Impressum / Aufruf, 16

### Große Anzahl von Spendern

Erika und Johann Leeb, Waltraud-Rosemarie Horn, Christoph Glaser, Manfred Barth, Gisela Härtel, Hartmut Behle, Karl-Heinz von Polheim, Peter Gotzmann, Fritz Schöne, Werner Kosel, Dieter Müller, Emil Redlich, Dr. Peter-Joachim Lapp, Rolf Unger, Karl-Heinz Werner, Manfred Stecher, Siegfried Päßler, Wolfgang Sendzick, Günther Müller, Gerd Lindner, Günter Hoffmann, Dr. Georg Steinhagen, Kurt Dietz, Günter Lehmann, Klaus Fischer, Peter Leuteritz, Erika Herbrich, Johannes Kirsch, Klaus Tuebbecke, Klaus-Dieter Fritzsche, Hans-Joachim Keferstein, Annelie Fratz, Jürgen Wendler, Günter Jacobi, Peter Glawe, Gerhard Bock, Harald Würz, Joachim Bergter, Gottfried Gläser, Marie-Luise Rüger, Peter Schlegel, Joachim Nitsch, Christine Fiege, Heinz Holtschke, Günther Zausch, Helmut Meng, Günter Wahl, Kurt Staske, Helmut Günther, Waltraud und Johannes Rink, Klaus-Ludwig Goos, Helmut Laas, Jakob Weisbrod, Günter Schreiber, Günter Scharf, Kurt Gerhard Schneider, Eberhard Kaduk, Gottfried Hoyer, Heinz-Günter Lohoff, Wolf-Peter Rubner, Jürgen Wolf, Werner Stiehl, Bringfried Schneider, Eberhard Zeibig, Dieter Jakob, Lothar Ech, Joachim Liebmann, Karl-Heinz Fricke, Karl-Heinz Ulrich, Melanie Kollatzsch, Kurt Schröder, Manfred Fenner, Rudi Tietz, Alfred Czubek, Erdmute und Dr. Walter Weller, Bernd Wolf, Werner Mieth, Leonhard Hoffmann, Lothar Baumann, Erich Beier, Reinhard Müller, Mike Mutterlose.

Allen Genannten einen herzlichen Dank

### Eine Anmerkung zu dieser Ausgabe:

*Durch eine nicht ganz unkomplizierte Erkrankung und einen anderthalbwöchigen Krankenhaus-Aufenthalt mit OP, konnte ich die vorliegende Zeitung quasi nur mit halber Kraft, mehreren Unterbrechungen und etwas verspätet anfertigen. Dadurch ist es möglich, dass sich einige Ungenauigkeiten eingeschlichen haben.*

*Auch haben mehrere Kameradinnen oder Kameraden versucht, mich telefonisch zu erreichen, was aus vorgenannten Gründen erfolglos blieb. Ungeachtet dessen setze ich die Arbeit an der Fg und den Kampf für unsere Rechte fort, solange dies gewünscht wird und ich dazu in der Lage bin.*

*Mein Dank gilt allen, die mir – per Email – ehrliche Genesungswünsche schickten. Sowas tut gut und hilft sehr.*

*Ich bitte, nicht zu vergessen, dass wegen des Zwei-Monatsrhythmus für die nächste Ausgabe die Termin-Ankündigungen für Veranstaltungen zum 55. Jahrestag des Mauerbaus einzureichen wären.*

*Ihr und euer Alexander Richter*

### Aufruf zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Die Gedenkfeier der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft findet am

**Freitag, den 17. Juni 2016 um 09.00 Uhr  
in Berlin- Charlottenburg, am Steinplatz**

statt. Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer und die Widerständler zu ehren. Der Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Der Bundesvorstand

# Häftlinge waren ein billiges Reservoir an Arbeitskräften

*Chef der Bundesbahn räumt Haftzwangsarbeit ein und will die Opfer durch ein Museum entschädigen*

Der jüngste Schritt, den die ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ und DDR vorangekommen sind, ist nicht besonders groß, aber es ist ein Schritt – zumindest das. Kurz vor Drucklegung der Fg flatterte der Redaktion die Pressemitteilung des Deutschen Bundesbahn Chefs Grube auf den Tisch, in der – endlich – die Tatsache bestätigt wurde, dass Häftlinge im DDR-Strafvollzug per Zwangsverordnung hart und zu schäbigen finanziellen Bedingungen arbeiten musste. Dazu erklärte in seiner Pressekonferenz am 20. April 2016 in Berlin der DB-Vorstandsvorsitzende Dr. Rüdiger Grube: „Hier wurden Menschen unter teilweise haarsträubenden Haftbedingungen ausgebeutet, um die Planvorgaben zu erfüllen. Dies ist ein Unrecht, das von uns, der heutigen Deutschen Bahn AG, benannt und nicht vergessen wird.“

Die Erklärung beruht auf einer Untersuchung zweier Autoren über den Zeitraum 1949 bis 1990, die ihre Ergebnisse in Buchform veröffentlicht haben und an der Pressekonferenz teilnahmen. Einer der beiden Autoren führte dazu aus, dass „die Reichsbahn von Beginn an sehr an der Arbeitskraft der Häftlinge interessiert war. Sie kümmerte sich aber wenig um humane Arbeitsbedingungen im Strafvollzug selbst.“

In der Presseerklärung der DB heißt es weiter: *Bis Ende der 1950er Jahre wurden Häftlinge vor allem im Gleisbau beschäftigt. Ab den 1970er Jahren unterhielt das Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam in der berüchtigten Strafanstalt Brandenburg-Görden ein eigenes Werk zur Ausbesserung und Demontage von Güterwagen. Bis zum Ende der DDR wurde dort ebenso gearbeitet wie auch an den Jochmontageplätzen für den Gleisbau. Insgesamt waren es im Jahresdurchschnitt selten mehr als 500 Häftlinge, die für die Reichsbahn arbeiten mussten. Sowohl der Strafvollzug als auch das Ministerium für Verkehr planten mit einer festen Anzahl von Häftlingen, die ein billiges Reservoir an Arbeitskräften waren, das der Planwirtschaft zur Verfügung stand. Wie viele der politischen Gefangenen*

*für die DDR-Reichsbahn arbeiten, ließ sich nicht feststellen. Umso wichtiger war die Befragung von Zeitzeugen, die vom Haftalltag, dem mangelnden Arbeitsschutz und auch den Häftlingstransporten berichten. Die Transporte wurden als besonders demütigend und quälend empfunden.*

Wie eingangs dieses Berichts gesagt wurde, es ist wahrlich kein großer Schritt, der hier getan wurde. Zu dieser Wertung trägt die Konsequenz bei, die der Bahnchef aus dem Ergebnis der Untersuchung verlauten ließ: „In den Gesprächen mit den ehemaligen politischen Gefangenen ist deutlich geworden, wie wichtig es ist, dass dieses Kapitel der DDR-Geschichte nicht unter den Tisch gekehrt wird. Daher haben wir uns entschieden, die Ergebnisse der Studie in unserem DB Museum in Nürnberg einfließen zu lassen.“

Demzufolge wird 2017 eine neue Dauerausstellung zur Geschichte der Bundesbahn und der DDR-Reichsbahn eröffnet. Dazu muss dann allerdings die Frage erlaubt sein: Ist das alles? Von Seiten der Opfer bestehen da durchaus andere Erwartungen. Wie es hier also ausgeführt wurde, waren die Arbeitsbedingungen unzumutbar und unmenschlich, die Unterbringung in den Zellen war menschenunwürdig und die Verpflegung der Häftlinge reichte oft nicht zum Sattwerden. Die Vergütung betrug zwischen 35 und 75 Mark (Haft-Geld). Eine medizinische Versorgung war praktisch nicht vorhanden. Bei den Arbeiten an den Waggons wie übrigens auch im Kommando IV in Brandenburg, dem Getriebewerk des IWL (heute Daimler Ludwigsfelde/Genshagen), herrschten Kälte und Dauerlärm. Es dürften nur wenige sein, die sich in der Haft ihre Gesundheit nicht dauerhaft ruiniert haben. Hinzu kam das widerliche Benehmen der Zivilmeister, die durch die Betriebe eingesetzt wurden und die die Gefangenen wie Menschen zweiter Klasse behandelten.

Wer meint, die Ex-Häftlinge nun mit einem Museum ehren zu wollen, weiß entweder nichts von deren heutiger sozialer Situation oder er betreibt ein unehrliches Spiel. Ist

es nicht schon schlimm genug, dass es erst einer Studie bedarf, um rückblickend den Status von elementarer Sklaverei zu bestätigen? Hätte man das nicht schon 25 Jahre eher in Angriff nehmen können – oder müssen? Werden die ehemaligen Häftlinge nun nach dem – in dieser Zeitung übrigens breit abgehandelten – Rentenunrecht, den mageren Haftentschädigungen, dem aussichtslosen Kampf um eine nachträgliche Gesundheitsversorgung nun auch bei ihrem Bemühen um eine Entschädigung für die Zwangsarbeit in den Strafanstalten im Stich gelassen?

Eigentlich, und dies ist die Meinung fast aller Betroffenen, hätten wir von einem Bahnchef mehr Realitätssinn erwartet. So jedoch läuft alles auf eine – weitere – Enttäuschung hinaus. *B. Thonn*

**Dieses Plakat, das am 13. April bei der Renten-Unrechtsdemo getragen wurde, sagt vieles:**



Nachzutragen wäre in puncto Haftzwangsarbeit mittlerweile:

Für politische Häftlinge und Haftzwangsarbeiter der DDR gilt:

- Von IKEA-Möbeln eingesorgt,
- mit dem Leichen-Kombi von Daimler-Benz zur Grabstelle transportiert
- und vom Bahnchef in die Grube befördert!

*Die VOS dankt den Initiatoren und Teilnehmern der Demo vom 13. April 2016 für ihre Kreativität, ihren Mut und ihre Ausdauer.*

*Vorstand/Redakteur*

## Nachhilfe für das Erinnern: Der Kalte Krieg

*Kamerad Dr. Martin Hoffmann zeigt eine externe Ausstellung in seinem Museum*

Er ist inzwischen 86 Jahre, aber aktiv wie ein Dreißigjähriger, und er setzt sich trotz der vielen Aktionen, die er selbst ins Leben gerufen oder als Beteiligter bestritten hat, ungebrochen für die Aufarbeitung des stalinistischen Unrechts, wie auch für das Gedenken an die Opfer ein. Gemeint ist unser Kamerad Dr. Martin Hoffmann, der in Karlsruhe sein Zeitzeugen-Museum betreibt, in dem er neben Berichten, Fotos und Dokumenten auch einige wenige authentische Erinnerungsstücke aus den Straflagern am sibirischen Polarkreis zeigt.

Kamerad Hoffmann hat selbst harte Jahre in der sibirischen Hölle zugebracht, er ist – nicht nur der Bildsprache nach – gerade so mit dem Leben davongekommen, und er hat in mehreren Büchern und Broschüren vieles, was erschreckend und wichtig in einem ist, berichtet, er erinnert trotz des Desinteresses in der heutigen schnelllebigen Zeit an jene, die der Gulag nicht aus der grässlichen Eiswüste entließ, die dort den Tod fanden. Mit seinem von ihm selbst eingerichteten und betreuten Museum in Durlach, ist Kamerad Hoffmann immer wieder in der Öffentlichkeit präsent. So zeigt er nunmehr eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung des Unrechts und der Kollegs Kalter Krieg. Es sind 22 Tafeln mit Texten, Dokumenten und Fotos über die Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem Ostblock während der Jahre 1945 bis 1991, bei denen sich durch das Scannen der QR-Codes eine Verbindung zum Internet ergibt, über die man Zugang zu Filmdokumenten bekommen kann.

Ort der Ausstellung ist wiederum der Wolfweg 17 in Durlach am Turmberg (Karlsruhe), Öffnungszeiten ist für gewöhnlich von 16 bis 18.30 Uhr, allerdings ist eine vorherige Anmeldung erforderlich (Vorwahl Karlsruhe-Durlach, Nummer 356000). Zu beachten ist, dass die Räumlichkeiten nur über einige Stufen erreichbar sind. Dennoch: Der Besuch lohnt sich ebenso wie ein Gespräch mit dem Museumsgründer. *V. Bosse*

## Ausstellung Dunkelkammer Torgau

Gino Kuhn und Katrin Büchel  
(beide VOS)

6. April 2016 bis 13. Mai 2016



Öffnungszeiten:

**Montag bis Freitag:  
10 - 13 Uhr und 14 - 17 Uhr**

Im Europasaal der  
Deutschen Gesellschaft e.V.,  
Voßstraße 22, 10117 Berlin-Mitte  
(5 Minuten fußläufig von U/S-Bahn  
Potsdamer Platz).

Weitere Informationen auf: [www.deutsche-gesellschaft-ev.de](http://www.deutsche-gesellschaft-ev.de).

**Ansprechpartnerin:** Frau Beatrix Thumm Tel.: 030/ 88412-141, [bea.thumm@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:bea.thumm@deutsche-gesellschaft-ev.de)

## Änderungswünsche auf eine Liste bringen

*Eine Mitteilung der UOKG*

Tut sich nun doch etwas in Sachen Verbesserung der Leistungen für Haftopfer des SED-Regimes? Hierzu erhielten wir folgende Depesche von der UOKG:

*Unser Vorsitzende Herr Dombrowski war vor Kurzem bei Frau Jutta Eckenbach, MdB, welche uns vorschlug, ihr ein Artikelgesetz vorzulegen, indem wir alle unsere gesetzlichen Änderungswünsche zusammenfassen, die aus unserer Sicht zu einer Verbesserung für die Opfer politischer Verfolgung in der DDR führen. Ich selber denke dabei an die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze, Erhöhung der Opferrente, Einbeziehung bisher nicht berücksichtigter Opfergruppen, mündliche Anhörungen, Rentengesetz, Vermögensgesetz, Entschädigungsrecht, usw. Falls Sie Vorschläge haben bzw. auch sehr gerne schon fertige Gesetzesformulierungen, werde ich aus den gesammelten Eingaben einen fertigen Entwurf erstellen.*

Benjamin Baumgart

## VOS Chemnitz Gedenkveranstaltung anlässlich des Volksaufstandes vom Juni 1953

Liebe Kameradinnen,  
liebe Kameraden,  
die diesjährige  
Gedenkveranstaltung  
findet am Freitag, dem

**17. Juni 2016,  
um 11.00 Uhr**

in der Parkanlage gegenüber dem  
Landgericht (Hohe Str. 23,  
09112 Chemnitz) statt.

**In der Zeit 9:00 – 10:30 Uhr**

besteht auch wieder die Möglichkeit, die ehemalige U-Haftanstalt auf dem Kaßberg zu besichtigen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

*Der Vorstand der VOS-  
Bezirksgruppe Chemnitz*

## Verfolgt, gebüßt und erneut viel riskiert

*Multi-Aktionist Rolf Wiese mit einem Nachruf auf seinen kürzlich verstorbenen Schicksalsgefährten Volker Eckhardt*

Anfang der 1960er Jahre wurde Kamerad Eckhardt zweimal wegen versuchter Republikflucht verhaftet und verurteilt. In Dunkel- und Isolierhaft musste er die volle Strafe abbüßen, danach stabilisierte sich sein Leben durch die Familie und ein eigenes Geschäft, das jedoch Anfang der 1980er Jahre durch die Behörden geschlossen wurde. Eine neue Arbeit bekam er wegen der Vorstrafen nicht. Da auch eine Eingabe an Honecker nicht half, stellte er einen Ausreis Antrag, auf den jahrelang keine Reaktion erfolgte. Doch 1983, als der bayrische Ministerpräsident Strauß wegen des Milliardenkredits in die DDR reiste, gelang Eckhardt die riskante Übergabe eines Bitt-Briefes, in dessen Folge sich schon Wochen später die Tür in den Westen öffnete. Leider erwies sich das anfängliche Glück für ihn und seine Familie als Trugschluss. Bei einem Anschlag wurde Volker Eckhardt verletzt, danach erlitt er mehrere Infarkte.

Sein Tod erfüllt mich und uns mit Trauer. Doch wir sind froh, dass wir diesen tapferen Menschen bei uns hatten und behalten die Erinnerung in den Herzen. *R.W./H. Died.*



## Es geht um Anstand und Gerechtigkeit für diejenigen mutigen Menschen, die jahrzehntelang entscheidend für Freiheit und Recht gekämpft haben

Ein Interview mit Dr. Wolfgang Mayer zur Protestaktion am 13. April gegen die ungerechte Gesetzgebung im Rentenrecht für ehemals in den Westen geflüchtete DDR-BürgerInnen

Am 13. April 2016 startete nach gründlicher Vorbereitung die Demonstration von mindestens zweihundert ehemaligen DDR-Flüchtlingen/Ausreiseantragstellern und politischen Häftlingen, zur Durchsetzung der ursprünglich zugesagten gerechten Berentung durch die Bundesrepublik. Anvisiert wurden mehrere bedeutende Politikerinnen und Politiker, um durch Plakate und Reden auf die Forderungen hinzuweisen. Hierzu berichteten wir bereits ausführlich in der vorigen Fg, wozu auch ein Aufruf von Wolfgang Graetz zur Teilnahme gehörte.

Einer der Organisatoren des Demo-Zuges war unser VOS-Kamerad Dr. Wolfgang Mayer, der schon früher an langwierigen öffentlichen Aktionen beteiligt war. Um unseren Leserinnen und Lesern ein besseres Bild von dem Ziel und den bisherigen Schritten vermitteln zu können, setzte sich der Fg-Redakteur mit Dr. Mayer in Verbindung und stellte vor Beginn der Demonstration wichtige Fragen zu Ziel und Inhalt der gesamten Aktion und zu bisherigen Schritten.

*Fg: Lieber Wolfgang, hinter dir liegt eine schwere Operation, zu der auch weitere Nachbehandlungen gehören. Wie geht es dir, was hast du an Behandlungen noch vor dir?*

**Dr. W. Mayer:** „Jeder gesunde Körper hat genügend Abwehrkräfte gegen Krankheiten aller Art aufzuweisen. Doch wer schon kann von sich behaupten, einen kerngesunden Körper zu besitzen? Jeder kränkelt mal ein wenig, und wenn's bloß ein Schnupfen ist. Doch wehe, wehe, wenn die Abwehrkräfte versagen. Wehe, wenn es zu kleinen Blutgerinnseln kommt, zu Geschwülsten, die sich nach bestimmter Zeit mehr und mehr ausbreiten und im ganzen Körper festsetzen ... Krebs! Rettung gibt es nur für den, der ‚seinen‘ Krebs in frühem Stadium zu erkennen in der Lage ist.“ (Dänen von Sinnen, Seite 5 /Prolog<sup>1</sup>) Ich habe ihn rechtzeitig erkannt!

*Fg: Und deshalb bist du als eine entscheidende Kraft dabei, wenn es um die Interessen der SED-Opfer geht?*

**Dr. W. Mayer:** Das ist doch das Wenigste. Wir kämpfen schon seit 15 Jahren gegen diesen schamlosen Rentenbetrag, der von den Bundesregierungen KOHL bis MERKEL sanktioniert wird. Solche Aktionen bauen eher auf, als dass sie krank machen.

*Fg: Also „unverbesserlich“? Du hast ja schon vor 15 Jahren mit anderen DDR-Opfern vor dem Sitz der Bundespräsidenten Herzog und Rau als Mahnwache gestanden.*

**Dr. W. Mayer:** Ja. „Unverschlechterlich“ klänge allerdings besser! Die Maßnahme erstreckte sich von 1998 bis 2003 gut fünf Jahre hin. Bundespräsident Johannes Rau war es, der uns empfing, lange zuhörte und seine Informationen an

die Bundesregierung seines Parteigenossen SCHRÖDER weitergab.

*Fg: Bist du mit den damals erreichten Ergebnissen zufrieden, oder hattest du mehr erhofft?*

**Dr. W. Mayer:** Durchaus! Die Aktion mündete mit in den Regierungsbeschluss zur sogenannten SED-Opferrente. Lücken blieben trotzdem. Wie bekannt, kam eine Regelung zustande, die aufgrund bestimmter Einschränkungen zahlreiche SED-Opfer ausklammert. Es sind Fälle bekannt, bei denen die Betroffenen politisch zwar nicht inhaftiert gewesen sind, aber vom MfS jahrelang bis in den letzten Zimmerwinkel verfolgt wurden. Als gebrochene Menschen kamen sie im freien Teil Deutschlands an und konnten sich von den erlittenen Repressalien nie mehr erholen.

*Fg: Johannes Rau hat sich immerhin für die Briefmarke mit Zusatzwert anlässlich des 50. Jahrestages des Juni-Aufstandes von 1953 eingesetzt. Hat er das – nicht auch – mit Blick auf eure damaligen Proteste getan?*

**Dr. W. Mayer:** Das ist eine Frage, auf die wohl jeder gerne mit „ja“ antworten wollte. Doch eine solche Anmaßung will ich mir an dieser Stelle nicht erlauben.

*Fg: Bei der Planung der neuen Protestaktion wurde der Bundespräsident allerdings ausgespart. Traut ihr ihm nicht zu, dass er sich für die DDR-Opfer einsetzt?*

**Dr. W. Mayer:** Der amtierende Bundespräsident mag wohl das Vertrauen einiger Bürgerrechtler besitzen; doch das unsere hatte er – ganz im Gegensatz seiner beiden Vorgänger im Amt – niemals gehabt. Joachim GAUCK gehörte zu den Privilegierten innerhalb des SED-Staates.

*Fg: Nun konkret zu dieser Aktion. Die Leserinnen und Leser wurden zwar in der vorigen Fg informiert. Aber Mitte März gab es eine weitere Zusammenkunft der Beteiligten. Was wurde beschlossen?*

**Dr. W. Mayer:** Nachdem in Kassel grundlegende Sachverhalte auf dem Plan standen – akquirieren von Teilnehmern, Unterstützern, Informationsflüsse via Internet, Transparente, Transporte auch für Gehbehinderte, Unterkünfte in Berlin etc. – ging es in Frankfurt um Detailfragen; insbesondere um den Inhalt von Pressemitteilungen, die genaue Demo-Strecke, die technische Absicherung, Ordner, einzusetzende Mittel vom Luftballon bis hin zu Pauken und Trompeten etc.

*Fg: Inhaltlich geht es euch gegen ein Unrecht in der Rentengesetzgebung, das schon lange besteht. Warum wurde nicht früher öffentlichkeitswirksam dagegen protestiert?* → Seite 7 oben

<sup>1</sup> Wolfgang Mayer: **Dänen von Sinnen**. Thüringen 'Wendemacher' ausgeliefert! Broschiert, 514 Seiten. Eine der bizarrsten Flucht-Ausreise-Geschichten, die sich in der DDR jemals ereignet hat. Zu beziehen direkt beim Autor oder über VOS.

**Dr. W. Mayer:** Vereinzelt gab es offene Proteste, die allerdings erfolglos blieben. Viele Jahre wurden damit verbracht, Bitten, Anträge, Briefe, Eingaben, Beschwerden bis hin zu Petitionen an den Deutschen Bundestag zu verfassen – stets in dem Glauben, die Bundesregierung oder die DRV Bund würden nach gültigem Gesetz handeln. Doch dies stellte sich als ein Irrglaube heraus. Trotzdem: All das, was die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) geleistet hat, bahnte nicht nur den Weg in unsere heutige Handlungsweise, sondern leistete die theoretische Grundlage für den Inhalt der Demonstration. Nunmehr sind wir schlauer und fahren heute sogar dreigleisig:

- die Vorlage und Annahme einer Verfassungsbeschwerde am Bundesverfassungsgericht Karlsruhe
- ständige Kontakte zu Bundestagsabgeordneten
- Demonstration am 13. April 2016 vor Bundestag, Kanzleramt und den zuständigen Ministerien in Berlin.

**Fg:** *Woran lag es dann, dass in der Mehrzahl offenbar nur am Verfahren Beteiligte von euren Aktivitäten wussten?*

**Dr. W. Mayer:** In erster Linie an der lückenhaften Vernetzung der noch aktiven SED-Opferorganisationen ebenso wie an den Ressentiments gegenüber bestimmter Opfer-Vereine. Als Nestbeschmutzer nicht geeignet, werde ich hier keine weiteren Angaben tätigen. Nur so viel: Von der in unseren Kreisen gehandelten „Aufarbeitungsindustrie“, die längst dem Kommerz unterfallen ist, war nie etwas zu erwarten. Dass dennoch ein gewisses Interesse auch für das riesige Heer der rentenbetrogenen Übersiedler besteht, sieht man an dem gegenwärtigen Verhalten der VOS. Das tut gut und lässt für die Zukunft hoffen. Zudem ist mit Dieter DOMBROWSKI ein Mann für die UOKG – den Dachverband der wichtigsten SED-Opfer-Organisationen – gewonnen worden, der prädestiniert ist, diesbezüglich etwas Vernünftiges zu schmieden.

**Fg:** *Sind von dem Unrecht auch ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes betroffen?*

**Dr. W. Mayer:** Selbstverständlich! Allerdings gibt es nicht Wenige, die entweder das Rentenalter noch nicht erreichten oder über den Rentenbetrug keine Kenntnis haben. Diesen Betroffenen kann man nur raten, sich an die IEDF zu wenden, deren Webseite im Internet leicht zu finden ist:  
<http://www.flucht-und-ausreise.info>

**Fg:** *Wenn wir mal rein theoretisch annehmen, in fünf Jahren würde das derzeit für DDR-Flüchtlinge geltende Rentenrecht geändert sein und man würde es sogar in der Praxis anwenden; wie hoch wären dann die Kosten, die auf die Rentenkasse zukämen?*

**Dr. W. Mayer:** Das wissen die „Spezialisten“ um Arbeits- und Sozialministerin Andrea NAHLES, die Rentenversicherer und meine Freunde der IEDF besser als ich.

**Fg:** *Müsste man fürchten, dass positive Änderungen zulasten der Opferrente gingen, also in x Jahren keine weiteren „Anpassungen“ erfolgen würden, weil dann dafür die Mittel fehlten?*

**Dr. W. Mayer:** Nein. Es geht primär nicht um finanzielle Mittel! Es geht um verfassungsmäßig geschützte Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland. Es geht um soziale Gerechtigkeit, und es geht um Moral und Ethik – um Anstand gegenüber denjenigen mutigen Menschen, die jahre- oder jahrzehntelang entscheidend daran mitgewirkt haben, dass ein Unrechtssystem beseitigt werden konnte!

**Fg:** *Zu den Organisatoren: Wolfgang GRAETZ und du, ihr seid Mitglieder der VOS bzw. kooperiert mit unserem Verband, dadurch kennen wir euch. Gibt es weitere Beteiligte?*

**Dr. W. Mayer:** Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) ist es, die seit vielen Jahren die geistige Grundlage für den „neuen“ Widerstand gelegt hat. Ihr ist es zu verdanken, dass der Rentenbetrug überhaupt erst ans Licht gekommen und thematisiert worden ist.

**Fg:** *Wie wichtig ist es, dass sich auch die VOS zahlenmäßig sehr stark an der Aktion beteiligt?*

**Dr. W. Mayer:** Nach Karl MARX' Gesetz des Umschlagens von einer alten Quantität in [eine neue] Qualität und umgekehrt – nicht wenige Konservative mögen Weisheiten wie diese – sind wir der VOS sehr dankbar! Es sind nicht nur die Zahlen, sondern vielmehr der Idealismus, der hinter der Anteilnahme eines jeden Einzelnen steht. Schließlich geht es darum, für Gerechtigkeit zu sorgen; mehr noch: ein elementares Menschenrecht einzufordern!

**Fg:** *Kann die VOS nun auch damit rechnen, dass sie seitens anderer Initiativen bei ihren Aktionen – z. B. bei Demos für die Entschädigung von Zwangsarbeit – ebenfalls Solidarität erfährt?*

**Dr. W. Mayer:** Durchaus! Was mich persönlich betrifft, werde ich dabei sein ...

**Fg:** *Hältst du eine Art Einheitsfront für möglich bzw. für sinnvoll?*

**Dr. W. Mayer:** Ein solcher Terminus ist etwas zu hoch gegriffen; doch inhaltlich wohl dahingehend zu verstehen, dass Einheit, vor allem Einigkeit und Recht und Freiheit die eigentliche Stärke einer Vereinigung erst ausmachen.

**Fg:** *Könntest du einmal erläutern, inwieweit bereits juristisch etwas unternommen wurde?*

**Dr. W. Mayer:** Viele ehemals politisch Verfolgte, DDR-Flüchtlinge, Inhaftierte, Freigekaufte, Ausgereiste, Übersiedler – darunter übrigens auch eine Menge VOS-Mitglieder – haben den Gang durch die Institutionen gewagt und ... verloren. Dass es so weit kommen konnte, liegt am Unwillen der bundesdeutschen Regierungen seit der Ära KOHL, ihre Fehlentscheidungen, die niemals auf einer gesetzlichen Grundlage fußten, rückgängig zu machen. Den Gerichten lagen inhaltlich völlig verzerrte, überwiegend im Regierungsauftrag gefertigte Gutachten vor, die Renten- und Stasi-Opfer massenweise benachteiligt(e). Man kann es auch so formulieren: Ein Richter nach dem anderen pinselte einfach das Urteil seines Vorgängers ab. Bis heute fehlt tatsächlich das Urteil, das „nach bestem Wissen und Gewissen“ gesprochen ist. Dies erklärt, weshalb mit Gundhardt LÄSSIG ein um seine gerechte Rente Betrogener endlich am Bundesverfassungsgericht angekommen ist. Die Verfassungsbeschwerde ist angenommen und harret seit gut drei Jahren einer Entscheidung. Hoffen wir, dass möglichst viele der ca. Viertelmillion Betroffenen das Urteil noch erleben können ...

→ Seite 8 oben



*Fg: Welche Kosten würden dadurch entstehen?*

**Dr. W. Mayer:** Immense Kosten sind bereits entstanden! Es existiert kein Rechtsanwalt, der für eine Schachtel Zigaretten tätig würde. Allein diese von mir vorhin genannte Verfassungsklage forderte für den tätigen Anwalt einen Betrag in fünfstelliger Höhe. Die Mittel hierzu speisen sich vorwiegend durch Beiträge und Spenden, wofür der IEDF mit Jürgen HOLDEFLEIß an der Spitze zu danken ist.



*Fg: Angenommen, eine weitere gerichtliche Instanz würde in der Klagesache wirklich zu euren bzw. unseren Gunsten entscheiden, würde sich dann tatsächlich etwas an den realen Renten ändern?*

**Dr. W. Mayer:** Gewiss! Urteile werden rechtskräftig; was so viel heißt, dass der bei Gericht Unterlegene den entstandenen Schaden zu ersetzen hat. Betrug ist Betrug. Der Betrogene erföhre Schadensersatz durch den Betrüger.

*Fg: Hat aber nicht die Bundesregierung auch immer Wege gefunden, unbequeme und kostenintensive Gerichtsurteile zu umgehen oder deutlich abgeschwächt umzusetzen?*

**Dr. W. Mayer:** Na klar! Allerdings nicht für die SED-Opfer, sondern eher für die Täter, die noch heute schamlos von einem „Rentenstrafrecht“ palavern. Auch Systemträger der letzten DDR-Regierung erhalten eine Sonderrente, die in bestimmten Kreisen sogar als „Ehrentension“ durchgeht. Es sträuben sich regelmäßig meine noch verbliebenen Haare, wenn dieses Thema zur Sprache kommt.

*Fg: Zurück zu eurer Demo. Der Weg führt zunächst zur Ministerin für Arbeit und Soziales. Die Frage, ob ausgerechnet sie für ein derart schwergewichtiges Anliegen die richtige Adresse ist, stellt sich allein schon wegen der drastisch sinkenden SPD-Wahlergebnisse. Glaubt man wirklich, auf dieser Schiene zumindest Gehör zu finden?*

**Dr. W. Mayer:** Ministerin NAHLES und ihre Vorgänger haben das schreiende Unrecht sanktioniert. Es geht nicht um Wahlergebnisse, sondern um diejenigen, die an den Schalthebeln der Macht sitzen, um diese zumindest partiell zu missbrauchen, wie das seit zwei Jahrzehnten der Fall ist.

*Fg: Die nächste Adresse ist Finanzminister Schäuble. Er ist gewiss kompetent. Aber gilt er in Kostenfragen nicht als Hardliner?*

**Dr. W. Mayer:** Ein besonderer Dank für diese Frage! Wolfgang SCHÄUBLE ist genau derjenige, der damals in Funktion als Innenminister den „Wegweiser für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR“ herausgab. Darin heißt es wörtlich: „Übersiedler werden in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich so behandelt, als ob sie ihr gesamtes Arbeitsleben in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt hatten.“ Am 28. April 2008 formulierte er dann: „An Beschlüsse über die Neubewertung der rentenrechtlichen Situation von Übersiedlern während der Verhandlungen zum Einigungsvertrag kann ich mich nicht erinnern. Seine Worte im Bundesrat schließlich (23.11.2012): „Es gehört zu dem erreichten Stand europäischer Rechtstradition, dass Gesetze nicht rückwirkend zum Nachteil Betroffener geändert werden dürfen.“ So viel zum „Hardliner“!

*Fg: Als weitere Stationen sind Frau Merkel und Herr Lammert vorgesehen. Ohne an der Bedeutung des Vorhabens zu kratzen: Steht nicht die Kanzlerin vor anderen Aufgaben, deren (Nicht)-Bewältigung ihr künftiges Schicksal mitbestimmt?*

**Dr. W. Mayer:** Das ist richtig. Norbert LAMMERT ist ein Bundestagspräsident, auf den wir immer „gebaut“ haben. Was die „anderen Aufgaben“ der Kanzlerin betrifft, interessieren sich dafür freilich auch die ehemaligen DDR-Flüchtlinge. MERKELs Richtlinienkompetenz ist es, die sowohl die „anderen Aufgaben“ und – seit nunmehr 11 Jahren (!) – auch die unseren entscheidend beeinflussen hätte können. Leider lässt sie die Minderheit der Renten-Betrogenen eiskalt abblitzen.

*Fg: Wäre es nicht sinnvoll, Politiker ins Boot zu holen, die sich früher mit voller Kraft in anderen Belangen für die SED-Opfer eingesetzt haben?*

**Dr. W. Mayer:** Die haben wir. Aber wie das so ist im Leben, wird irgendwann einmal der Punkt erreicht, an dem die „volle Kraft“ nachlässt und man sich lethargisch in den Sessel zurücklehnt und einfach nur noch ein paar Jahre mit den Enkeln spielen möchte. Die „biologische Lösung“ ist in Sicht ...

*Fg: Zu denen, die Einfluss haben und sich immer zu uns bekannt haben, gehört Arnold Vaatz. Warum wurde er nicht einbezogen?*

**Dr. W. Mayer:** VAATZ ist zwar ein kritischer CDU-Politiker; aber auch er ist dem Fraktionszwang der Koalitionsparteien unterworfen. Seinen legendären Text „Jenen, denen Freiheit wichtiger war als Geld und Gut, Heimat und die Nähe zu Freunden, ist viel zu verdanken. → S. 9 oben



Ohne sie wäre uns die DDR erhalten geblieben.“ (Der Tagesspiegel, 30.9.1999) Das haben wir nicht vergessen. Der realen Politik der Bundesregierung ist es zuzuschreiben, dass der Satz längst zu einer Floskel verkommen ist.

**Fg:** *In der Vorbereitung der Demo war von etwa einhundert Teilnehmern die Rede. Nun hat sich die Zahl erfreulicherweise verdoppelt hat, ist das wenig. Oder?*

**Dr. W. Mayer:** Könnte man meinen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die meisten der 200 Teilnehmer über 70 Jahre alt sind und zum Teil mit extrem schwierigen gesundheitlichen Problemen kämpfen haben und überwiegend ohne Internetverbindungen leben. Es ist schwierig, diese Betroffenen zu erreichen.

**Fg:** *Könntet ihr sicherstellen, dass sich keine unerwünschten Teilnehmer unter die Demonstranten mischen, die euer Vorhaben politisch diskreditieren?*

**Dr. W. Mayer:** Ja, obwohl gegen solche Erscheinungsformen ist weltweit keine einzige demokratische Struktur gefeiert. Trotzdem, ich denke, dass auch Rentner in der Lage sind, sich konstruktiv dagegen zu wehren.

**Fg:** *Wie ist das mit der Resonanz in der Bevölkerung? Das Thema DDR und Ausreise ist für viele abgehakt. Erstens wegen der aktuellen politischen Problemsituation, zweitens weil man davon ausgeht, dass Ausgereiste „seinerzeit schon genug Unterstützungen“ bekommen hätten.*

**Dr. W. Mayer:** Da haben wir sie, die typische – unsinnige – Formulierung zu den Ausgereisten, die „seinerzeit schon genug Unterstützungen“ bekommen hätten. Wer sich die Mühe macht und den Weg eines einzelnen Übersiedlers einmal genau verfolgt, kommt im Normalfall zu einem anderen Fazit. An dieser Stelle sei auf das Diskussionsforum der Webseite [www.Flucht-und-Ausreise.de](http://www.Flucht-und-Ausreise.de) verwiesen. Hier kann jeder die entsprechenden Schicksale reihenweise verfolgen.



**FG:** *Ein anderes unausweichliches Thema ist das Verhalten zur Partei DIE LINKE; die sich in der BT-Debatte vom 17. März 2016 so vehement für die betroffene Opfergruppe eingesetzt hat. Wäret ihr bereit, auf deren Unterstützung zu setzen, da es der Sache nützen könnte? Oder wäre es letztlich ein Verrat an der bedingungslosen Aufarbeitung des von der SED begangenen staatlichen Unrechts?*

**Dr. W. Mayer:** Exakt an diesem Punkt trennt sich, wie man so schön sagt, die Spreu vom Weizen. Es ist ein Treppwitz der Geschichte, dass ausgerechnet die Partei unserer ehemaligen Peiniger, eine Partei, deren linksextremistischer Vorgänger die Menschenrechte mit Füßen getreten hat, gemeinsam mit den Bündnisgrünen heute für unsere Besserstellung votiert. Nun gibt es nicht wenige Betroffene, die sie gern als „nützliche Idioten“ haben wollten, aber auch dieje-

nigen SED- und Stasi-Opfer, die jetzt und für immer ihre konsequente Meinung beibehalten. Was unsere Gruppe der Renten-Demonstranten angeht, gab es eine einstimmige Ablehnung.

**Fg:** *Abschließend die unvermeidliche Frage: Wie geht es weiter? Wann können WIR mit einer Gesetzesänderung und damit mit höheren Renten rechnen?*

**Dr. W. Mayer:** Unsere Demonstration vor Bundestag, Bundeskanzleramt und den betreffenden Ministerien darf getrost als ein Teilerfolg gewichtet werden. Denn es galt, in der Rentenfrage endlich die nötige Aufmerksamkeit zu erreichen. Dies ist gelungen.

Der Kampf auf Straßen und Plätzen muss, solange die Große Koalition mit Angela MERKEL an der Spitze regiert, unbedingt fortgesetzt werden. Unser nächstes Ziel im Sommer wird das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein, wo seit über drei Jahren eine Verfassungsbeschwerde registriert ist, mit der man sich nicht zügig genug befassen will. Da wir die offenbar gewollte „biologische Lösung“ als politisches Versagen deuten, müssen unsere nächsten Handlungen rasch und zeitnah erfolgen. Im Herbst dieses Jahres wird daher eine weitere starke Aktion vor den Berliner Regierungsgebäuden erfolgen, zu der ein Plan bereits geschmiedet wird.

**Fg:** *Lieber Wolfgang Mayer, wir wünschen dir und allen übrigen Teilnehmern und Initiatoren Erfolg, und wir danken euch für euren großartigen Einsatz. Dir selbst sei hiermit für die deutlichen Worte gedankt.*

**Interview-Fragen: Alexander Richter.**

**Ann.:** Weitere detaillierte Informationen zu diesem Thema und vielem, das damit im Zusammenhang steht, findet sich auf der Internetseite zu [Flucht und Ausreise](http://www.Flucht-und-Ausreise.de) oder unter Eingabe des Namens Dr. Wolfgang Mayer (Foto) in die Suchmaschinen. Informativ sind ebenfalls die Web-Site der VOS sowie [www.first-minute-buecher.de](http://www.first-minute-buecher.de). Foto und Buchvorderseite wurden entnommen aus [www.flucht-und-ausreise.de](http://www.flucht-und-ausreise.de).

Die Fg wird in der nächsten Ausgabe (Mai/ Juni) weitere Stimmen zum Verlauf der Demonstration bringen und über die weiteren geplanten Schritte und Aktionen ausführlich berichten.

**Meinungsäußerung:** Der Direktor der Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, hat Verständnis für eine Demonstration ehemaliger DDR-Bürger in Berlin geäußert, die sich gegen die derzeitige Berechnung ihrer Renten richtet. „Viele Stasi-Opfer wurden zu DDR-Zeiten freigekauft und in das westdeutsche Rentensystem eingegliedert. Nach der Wiedervereinigung wurden sie nachträglich wieder zu DDR-Bürgern gemacht. Ausgerechnet die Gegner der SED-Diktatur erlitten dadurch erhebliche finanzielle Nachteile“, erklärte Knabe. „Ich meine, der Bundestag sollte hier aktiv werden und diesen Zustand ändern.“

**Aus:** *Presseinformation der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen vom 12. April 2016*

## Ich möchte Ihren Blick auf Verweigerer der Zwangsvereinigung von KPD und SPD lenken

Warum erweist sich die SPD auf einmal als Bremsklotz bei der Aufarbeitung des von der SED begangenen Unrechts?

In der vorigen FG-Ausgabe berichteten wir über die Unklarheiten bei der Amtsverlängerung des derzeitigen Leiters der BStU um weitere fünf Jahre und beim weiteren Bestehen der Behörde selbst, die vor allem für die ehemaligen Häftlinge des SED-Regimes von großer Bedeutung ist. Inzwischen wurde eine konkret gefasste Verlängerung abgelehnt und stattdessen eine undurchsichtige Regelung beschlossen, so dass die Aufgabe Roland Jahns nicht ganz geklärt scheint. Zu den Betroffenen, die gern eine eindeutige Antwort haben möchten, gehört Kamerad Martin Pescheck aus Görlitz, für den die SPD ein wesentlicher Faktor bei der Ausbremsung der Amtsverlängerung ist. Martin Pescheck wandte sich daher an den SPD-Politiker Thomas Oppermann, um ihm die Situation der Opfer anhand seines persönlichen Schicksals zu erläutern und ihm die Bedeutung einer Amtsauflösung zu erläutern. Lesen Sie nachstehend sein Schreiben.

Sehr geehrter Herr Oppermann,  als rehabilitierter und entschädigter ehemaliger politischer Gefangener des "DDR"-Regimes, als aktives Mitglied der SED-Opferorganisationen VOS, EdE und OvZ-DDR und als aktives Mitglied der FDP wende ich mich an Sie, als einen der führenden Persönlichkeiten der SPD.

Den Veröffentlichungen verschiedener Medien war in den letzten Tagen zu entnehmen, dass die MdB der SPD einer Verlängerung des Vertrages von Roland Jahn derzeit nicht zustimmen, weil sie die Ergebnisse eines Gutachtens abwarten wollen.

Ich kenne weder den Auftrag und den Auftraggeber für dieses Gutachten noch die daran arbeitenden Personen. Ich hoffe stark, dass in diese Arbeit nicht nur Theoretiker, Wissenschaftler, sondern auch Betroffene aus "DDR"-Zeiten involviert sind.

Aber dieses Gutachten kann wohl nur knapp 27 Jahre nach dem Sieg über die zweite deutsche Diktatur nicht das alleinige Entscheidungs-

kriterium liefern. Ich gehe davon aus, dass der weiterhin bestehende Bedarf an der Aufarbeitung der "Arbeit des ehemaligen MfS unter Führung der SED" auch in der SPD erkannt wird.

Es gibt noch sehr viele nicht abgeschlossene Rehabilitierungsverfahren. Deshalb ist ein relativ unkomplizierter Zugang zu den Akten der BStU unverzichtbar, verbunden mit professioneller Bewertung und Beratung. Die Arbeitsfähigkeit der BStU muss also zumindest erhalten bleiben, möglichst sogar verbessert werden. Mir geht es mit diesen Zeilen nicht um mich. Meine Rehabilitation und Entschädigung sind seit 1996 bzw. 2002 abgeschlossen. Ich möchte Ihren Blick und den der anderen MdB der SPD auf Menschen lenken, die ich teilweise nach 1990 kennen lernen durfte, nämlich SPD-Mitglieder, die sich aktiv gegen die Zwangsvereinigung von KPD und SPD gewehrt haben.

Außerdem veranstaltet die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung seit vielen Jahren z. B. das Bautzen-Forum; auch ich habe daran schon teilgenommen.

Bitte denken Sie darüber nach, wie es auf diese vom SED-Unrecht Betroffenen wirkt, wenn die SPD nun zum Bremsklotz der weiteren Aufarbeitung werden sollte. Und soll den damaligen Verantwortlichen tatsächlich die Schadenfreude darüber erlaubt werden, mit Roland Jahn einer der Galionsfiguren des Widerstands seit den 1970er-Jahren aus dem Amt zu verabschieden.

Ich habe seit ca. Mitte der 1990er Jahre, unabhängig von meiner Vita, schon sehr viele Enttäuschungen bzgl. der m. E. mangelhaften Aufarbeitung des DDR-Unrechts erleben müssen. Eine zzt. wohl nicht auszuschließende Verschlechterung der Bedingungen für die Arbeit der BStU und eine Verhinderung der Weiterbeschäftigung von Roland Jahn, wären weitere Enttäuschungen für mich und viele andere Verfolgte und Benachteiligte des SED-Regimes. Zur Beantwortung eventueller Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung. *Martin Pescheck*

## Was wird geschehen?

(Nicht nur) DDR-Opfer machen sich um eine verhängnisvolle Entscheidung Sorgen

Vorerst bleibt Roland Jahn kommissarischer Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde. Dass er nach dem Ende seiner am 14. März auslaufenden ersten Amtsperiode keinen neuen festen Vertrag bekommt, liegt sicherlich nicht an ihm, denn es geht vielmehr um seinen Arbeitsplatz, und dies ist jenes Archiv, das nach dem Ende der DDR gegründet, erschlossen und verwaltet wurde. Zahlreiche bespitzelte Bürgerinnen und Bürger des SED-Staates konnten seit 1992 Einblick in die über sie angelegten Akten nehmen, andere stellten Anträge auf Einsicht, sie warten noch.

Wie es weitergeht, bleibt abzuwarten. Vorerst wurde eine Experten-Kommission von 13 teils namhaften Politikern gebildet, an deren Spitze Sachsen-Anhalts ehemaliger Ministerpräsident Professor Böhmmer steht. Wie es heißt, sollen auch die Opferverbände eingeladen werden, um sich aus ihrer Sicht über das Fortbestehen der Behörde zu äußern, wobei man fragen muss, ob wirklich jemand davon ausgeht, dass die Opferverbände einer Schließung zustimmen würden.

Um das Orakel der Schließung zu kaschieren, wurde als nächster Schritt die Überführung der gesamten Akten in das Bundesgesamtarchiv in Aussicht gestellt. Was das genau bedeutet, lässt sich schwerlich bestimmen. Es stellt gewiss keine Schließung dar, aber es wird möglicherweise auch nicht mehr so einfach sein wie bisher, Akteneinsicht zu bekommen.

Dass die Bundesregierung diesen eher fragwürdigen Weg im Umgang mit den alles in allem brisanten und geschichtlich höchst bedeutsamen Unterlagen geht, wird von der Mehrheit der Medienvertreter der SPD angelastet.

Dass seitens der SED-Opfer zu diesem Verfahrensweg kein Einverständnis besteht, wurde in der vorigen Fg sichtbar. Ein Vordruck, in dem resoluter Protest gegen eine – egal in welcher Art – stattfindende Schließung zum Ausdruck kam, veranlasste viele VOS-Mitgliedern, sich bei den Abgeordneten des Wahlkreises damit zu melden. Leider ohne Erfolg. *B. Thonn*



## Schicksale wie dieses sind trotz der Zeitspanne unauslöschlich!

57. Preußische Tafelrunde am 11. März 2016  
Uhr im Alleehotel „Europa“ in Bensheim

Die 57. Preußische Tafelrunde ist einem Thema gewidmet, das vielen, vor allem jungen Menschen der Bundesrepublik Deutschland nicht bekannt ist. In der ehemaligen DDR wurde, wer als Betroffener darüber berichtete, hart bestraft. Es handelt sich um massive Verstöße gegen die Menschenrechte des russischen Regimes nach dem 2. Weltkrieg.

Die Opfer waren meist 16-jährige Jugendliche, die gefangen genommen und strengen Verhören unterzogen wurden. Fast immer sperrte man sie in ein KZ und deportierte schließlich nach Sibirien. Erst nach vielen Jahren wurde – wer diese harte Zeit überlebt hatte – entlassen, ohne dass ihm jemals ein Prozess gemacht wurde. Zu Verhörmethoden gehörte Folter in der unterschiedlichsten Weise, ansonsten hätte sich kein Beschuldigter ein Geständnis abpressen lassen.



In der diesjährigen Veranstaltung der 57. Preußischen Tafelrunde referierte VOS-Kamerad Wolfgang Lehmann als Zeitzeuge, dem dieses harte Schicksal selbst widerfuhr vor einem interessierten Publikum. Sein Vortrag fand unter dem Thema „Man kann vergeben, aber nicht vergessen“ statt. Besondere beeindruckend war, dass sich Wolfgang Lehmann an viele Details erinnern konnte (z. B. wie ein 16-jähriger das Kriegsende und die Zeit danach erlebte, wozu auch fünf Weihnachten hinter Stacheldraht gehörten) und diese den Anwesenden zu Gehör brachte. Folgerichtig war auch sein Bezug zur gegenwärtigen, politischen Situation, in der die Welt aus den Fugen zu geraten scheint, Millionen Menschen müssen aus ihrer Heimat fliehen, weil Schulen und Krankenhäuser bombardiert werden. Auch heute, so Wolfgang Lehmann, ist es wichtig, die Menschenrechte einzufordern. Ungeachtet dessen darf auch die Geschichte der Vertreibung nicht in Vergessenheit geraten. Zu viele berührende einzelne und kollektive Schicksale verbinden sich damit.

Die preußischen Tafelrunden der Landsmannschaft der Ostseedeutschen, die zweimal im Jahr stattfinden, sind frei für jeden interessierten Bürger – nicht nur für Mitglieder – eine Anmeldung ist zu richten an Reinhard Sablowski Telefon 06252-71476. Die Landsmannschaft gehört dem Bund der Vertriebenen an. zu ihren Zielen gehört die Bewahrung einstiger regionaler Traditionen und Erinnerungen, die ansonsten an jüngere Generationen kaum vermittelt werden. *T. Haltern.*

**Foto:** Wolfgang Lehmann als 16-Jähriger und heute. © privat

## Prag 1989: Eine umjubelte Nachricht eines umjubelten Politikers

Zum Tode des ehemaligen Bundessaußenministers Hans-Dietrich Genscher

Ein bisschen ist es wie eine Schicksalsfügung, dass er gerade im (gesegneten) Alter von 89 Jahren gestorben ist, denn somit schließt sich der Kreis zu jenem historischen Jahr, in dem er einen der gefeiertesten Auftritte hatte, der je einem Politiker beschert wurde. Es war das Jahr 89 des vorigen Jahrhunderts, Genscher, damals Außenminister der Bundesrepublik tritt auf den Balkon der deutschen Botschaft in Prag und verkündet, dass die dort sich in denkbarster Enge aufhaltenden DDR-Flüchtlinge in den Westen ausreisen dürfen. Wie oft hat unsereiner die Szene im Fernsehen gesehen, miterlebt. Sooft, dass man, wäre es ein beliebiges anderes Stück, bei der nächsten Vorführung vor Überdruß rasch abgeschaltet hätte. Aber nicht hier. Man kann es immer wieder sehen, und immer wieder ist man geneigt, sich einem Gefühl von Rührung und Glück hinzugeben und sich darauf zu besinnen, dass mit jenem noch nicht mal vollendeten Satz die Lawine, die längst ins Rollen geraten war, sehr schnell an Geschwindigkeit und Umfang gewann. Nicht lange dauerte es, und sie machte – so schien es jedenfalls – alles platt, was das Abzeichen der SED trug und sich vor allem was sich Schild und Schwert der Partei nannte. Die Einheit kam und mit ihr viele Hoffnungen und Wünsche. Wohlstand, Gerechtigkeit, Gleichheit, das hatte man erwartet.

Dass sich vieles nicht (so) erfüllte, wie es gedacht war, kann man indessen nicht Genscher anlasten. Er war vielmehr der Diplomat, der Vorbereiter, der Redner. An der Seite von Helmut Kohl gelang es, quasi im Eiltempo, die Einheit, die für kurze Zeit greifbar war, durchzusetzen. In der Rückschau sehen wir die nahezu freundlich sich bestückende Runde mit ihm, Kohl, Gorbatschow und Schewardnadse. Einstige Feinde saßen beieinander, als wären sie seit eh die innigsten Freunde. Hätte man sich in einer solchen Position einen FJS oder eine Angela Merkel vorstellen können? Die Frage ist überflüssig, denn in der Politik zählen Fakten, und derjenige kann sie in die Welt stellen, der geschickt, klug und rhetorisch gut aufgelegt ist. Genscher war einer, der diese und andere Eigenschaften in sich vereinte. Dass es gelang, aus der einstigen Position tiefster Feindschaft, aus der Rolle des ganz und gar unterlegenen Scheinenden quasi mit k.o.-Schlägen einen bedingungslosen Sieg herauszufechten, ist große, es ist schon gigantische Geschichte. Die Einheit, der Truppenabzug der Sowjets, der Neuaufbau der verrotteten DDR-Wirtschaft, die neue Rolle, die Deutschland wieder in der Welt einnehmen kann – an allem war Genscher als Vorbereiter oder Initiator beteiligt.

Dass sich unser Land nun mit Russland erneut in Feindesposition befindet, gehört bereits in ein jüngeres Kapitel der Geschichtsschreibung. Damit hat der ehemalige Außenminister nichts zu tun. Er steht für die Überwindung einer Jahrzehnte währenden unnatürlichen Teilung Deutschlands und Europas und für die stürmischen Tage des Aufstandes eines ganzen unterdrückten Volkes. Und dafür gilt Hans-Dietrich Genscher – wie für vieles andere – unser Dank.

*Tom Haltern*

## Die Stasi-Zeit ist für die Opfer lange nicht beendet

*Klare, kritische Worte auf eine befremdliche  
Einladung zu einer Podiumsdiskussion*

VOS-Kamerad Manfred Springer aus Hamburg erhielt im März eine Einladung der Landesbehörde der Stasi-Unterlagen Brandenburg zu einer Buchvorstellung mit dem Titel „Ausreise per Antrag. Der lange Weg nach drüben“. In der Veranstaltung, die in Frankfurt (Oder) stattfand, sollte sich an die Buchvorstellung eine Podiumsdiskussion mit der Autorin zum selben Thema anschließen. Manfred Springer nahm das zum Anlass eine Beschwerde an diese Behörde zu richten, in der er die Aussage trifft, dass für die Opfer, um die es u. a. in dem wissenschaftlich abgefassten Buch geht, inzwischen immer noch zu wenig – oder auch gar nichts – getan wird. Er vertritt damit die berechtigte Kritik, die viele andere ehemalige Häftlinge äußern: Um die Opfer und Widerständler von einst kümmert sich kaum jemand, sie sind oft weltfremden Gutachtern und rechthaberischen Behördenmitarbeitern ausgeliefert.

Allerdings ist fraglich, ob sich an der heutigen Situation der Opfer etwas geändert hätte, wenn das v. g. Buch von der Autorin Dr. Renate Hürtgen nicht erschienen wäre. Das Buch hat bei Amazon immerhin zwei tendenziell positive Bewertungen bekommen.

Grundsätzlich ist natürlich festzustellen, dass jede Publikation, die sich mit Haft, Flucht und legaler Ausreise in bzw. aus der DDR auseinandersetzt, von Belang ist. Aus Sicht der Opfer – und dies meint der nachstehend veröffentlichte Leserbrief unbestritten – ist es neben der Durchführung von möglichst vielen Zeitzeugenveranstaltungen wichtig, Erhebungen zur heutigen Lebenssituation der Haft-Opfer anzustellen. Wenn man dies dann auch auf wissenschaftlichem Niveau täte, wäre den Betroffenen sicher mehr geholfen, als die Details zur Ausreiselage herauszudeuteln.

Nachfolgend der Leserbrief von Manfred Springer:

☒ *Die Stasi-Folgen der politischen Inhaftierung und "deren langer Arm in der heutigen Politik" gestatten es mir körperlich nicht, Ihre ausgesprochene Einladung anzunehmen. Ich warte jetzt auf den Antritt der stationären Reha und hoffe, dass diese nicht abgelehnt wird durch das Hamburger Versorgungsamt und deren angeschlossenen/verbündeten Gutachter, die ja eher als "Schlechtachter" auftreten! Gesundheitsschäden, verursacht durch die roten Nazis, werden hier – nachweislich, nämlich n i c h t – anerkannt.*

*Es ist eine Schande, auf welcher Art und Weise die politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland weitergeht. Die Stasi-Zeit ist für die Opfer also noch lange nicht beendet! Der § 109 SGG und die freien Gutachter mit ihren freien Gutachten werden "in die Tonne getreten"! Nicht nur die Stasi-Opfer werden verhöhnt, sondern auch deren Rechtsanwälte und die zahlende Rechtsschutzversicherungen!*

*Der Weiße Ring und der Sozialverband Hamburg sind entsetzt über das Verhalten uns gegenüber! Es ist die verweigerte Anerkennung von Stasi-Gesundheitsschäden! Betrieben durch die Politik der Bundesrepublik Deutschland! Liebe Grüße aus Hamburg,*

Ihr Manfred Springer (ehemaliger politischer Häftling  
u.a. Waldheim, Lager X und Brandenburg)

## Diese Abschlüsse besitzen im 26. Jahr der Einheit noch Gültigkeit!

*Über die Fortsetzung der Aktion zur Aufhebung  
von Stasi-Bildungsgraden*

Wie in mehreren vorausgegangenen Fg-Ausgaben berichtet, setzt sich unser VOS-Kamerad Peter Heubach unnachgiebig für die Aberkennung von akademischen Titeln ein, die in der DDR mit einem Studium an der Juristischen Hochschule des MfS erworben wurden. Seine Begründung kann stichhaltiger nicht sein: Bei diesem Studium wurden die theoretischen Grundlagen vermittelt, durch die in der Praxis gezielt und im hohen Maße grob gegen Menschenrecht verstoßen wurde.

Mittlerweile hat Peter Heubach, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, etwa 5.000 Unterschriften von sehr unterschiedlichen Menschengruppierungen sammeln können, und er setzt seine Aktion fort. Dabei kommt es ihm auch darauf an, maßgebliche Politiker unseres Landes einzubinden. Dies zeigt sein jüngster Brief an Vizkanzler und SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Nachstehend das Schreiben:

☒ **Betr.: Bitte, Gesuch und Unterstützung für meine Forderung zur Annahme einer Petition für die Aberkennung der akademischen Grade des MfS der Juristischen Hochschule des MfS Potsdam und für die Abschlüsse, die an der Hochschule der Grenztruppen in Suhl erworben wurden.**

☒ Lieber Sigmar, seit mehreren Jahren kämpfe ich um die Aberkennung der akademischen Grade des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, die an der Juristischen Hochschule des MfS verliehen wurden. Diese Abschlüsse besitzen im 26. Jahr der Deutschen Wiedervereinigung bis HEUTE noch ihre Gültigkeit!!! Und das ist für uns, die Opfer des Stalinismus, NICHT NACHVOLLZIEHBAR.

An der Juristischen Hochschule des MfS erarbeitete man in Dissertationen psychologisch fundierte Maßnahmepläne zur Zersetzung potenzieller politischer Gegner. Durch diese Abschlüsse wurde Menschen durch Mitarbeiter des MfS geschadet, ihre Gesundheit wurde zerstört, so dass sie bis heute an den Zersetzungsmaßnahmen des MfS leiden.

Ich glaube und hoffe, lieber Sigmar, dass wir einer Meinung sind, dass das Recht auf Führung in der DDR erworbener, staatlich verliehener akademischer Titel des MfS nicht im Einklang und im Interesse mit einem demokratischen Rechtsstaat steht. Im Gegensatz dazu wurden Berufsabschlüsse der ehemaligen DDR in der Bundesrepublik nicht bzw. nur teilweise anerkannt. Betroffen sind auch akademische Grade der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR, die ehrlich an den Hochschulen der ehemaligen DDR erworben wurden.

Lieber Sigmar, ich würde dich bitten, deinen Einfluss geltend zu machen, dass eine nachträgliche Änderung des Einigungsvertrages erfolgt und die von mir bezeichneten akademischen Titel endlich aberkannt werden. Für die Opfer des Stalinismus der ehemaligen DDR wären es ein großer Erfolg, Freude und Genugtuung, wenn diese Abschlüsse der Vergangenheit angehören würden.

Für Deine Unterstützung wäre ich Dir sehr dankbar.

*Mit solidarischen Grüßen  
Dein Peter Heubach*



## Die Menschen haben Kopf und Kragen riskiert und werden nun verunglimpft

*Kamerad Siegfried Müller wehrt sich nachdrücklich gegen die pauschale Beschimpfung Sachsens*

Dies ist eine Betrachtung über Sachsen und *die* Sachsen, der der Verfasser mehrere überheblich absolute Wertungen aus unterschiedlichen Quellen vorangestellt hat, die über die letzten Monate hinweg stellvertretend für viele ähnliche Pauschalurteile ganz oben in den Headlines zu finden waren:

- „Sachsen raus!“ (The European)
- „Schandfleck Sachsen“ (Hamburger Morgenpost)
- „Das sind alles Verbrecher!“ (Stanislaw Tillich, Ministerpräsident in Sachsen)
- „Sachsen ist braun“, „Sachsen ist menschenfeindlich“ (üblicher Tonfall).

Bevor ich zum Thema komme, rate ich der Hamburger Morgenpost, sich einmal das von der Stadt geduldete und gehätschelte linksextremistische Zentrum "Rote Flora" genauer anzusehen. Sind den Zeitungsleuten die Linksextremisten lieber als die Rechtsextremisten?

Jetzt frage ich mich schon, wer oder was bin ich eigentlich?

Seit fast 87 Jahren bin ich Sachse, ich lebe im Erzgebirge und schäme mich auch nicht, Sachse zu sein. Ich habe in meinem Leben nie anderen Menschen Leid zugefügt, wurde aber dennoch knapp 5 Jahre der Freiheit beraubt.

Doch jetzt will ich versuchen, auf meine Art eine Antwort zu finden, was, wer und wie wir Sachsen sind.

Noch vor Kriegsende wurden unsere Großstädte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen von den Alliierten dem Erdboden gleichgemacht. Zu den vielen ausgebombten Menschen aus den west- und mitteldeutschen Großstädten kamen nun jene aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien, die hier als Vertriebene angesiedelt werden mussten. Unser vormals 1.100 Einwohner zählendes Dorf wuchs zeitweise auf über 2.000 an. Über 240 Kinder waren in der Schule, bei ganzen drei Lehrkräften. In diesem Durcheinander endete der Krieg. Elend gab es jetzt überall, und dann besetzte auch noch die Rote Armee Sachsen. Was damals geschah, vergisst man nie. Die Kommunisten installierten Hand in Hand mit den Sowjets eine Schreckensherrschaft, zu der Verhaftungen, Enteignungen, Ausplündern der Fabriken,

soweit sie noch standen, kurzum, Demontage wo es nur ging, gehörten. WIR hatten die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen. Dann wurde die DDR gegründet. Massenweise gingen die Bürger in den Westen. Im Laufe ihrer 40-jährigen Existenz stabilisierte sich dann in Sachsen eine besonders mächtige SED, begleitet von einer ihr hörigen CDU. Erst der Herbst 1989 läutete das Ende dieses Staates ein. Standen da die Sachsen nicht an vorderster Front? Dabei denke ich an Plauen, wo die Hubschrauber bedrohlich über unseren Köpfen kreisten, um die Demonstranten mit Gewalt auseinanderzutreiben. Sie schafften es nicht. Kopf und Kragen riskierten die Menschen. Dann brach Leipzig diesem Regime das Genick. Viele Kameraden aus der VOS werden sich noch daran erinnern, vor allem an Plauen. Dank Gorbatschow und Schewardnadse endete diese Revolution friedlich.

Diesen beiden Herren verdanken wir alle die friedliche Wiedervereinigung unseres Landes und niemand anderem. Sie zogen ihre Truppen mit allem drum und dran aus Deutschland ab. Taten dies die anderen Besatzer auch? Schließlich bildeten sich Parteien, und es wurde gewählt. Ich entschloss mich, der DSU beizutreten, eine CDU als ehemalige Blockpartei kam für mich nicht in Frage. Doch kaum war die Wahl gewonnen, CDU und DSU bekamen die absolute Mehrheit, änderte sich das Verhältnis zwischen CDU und DSU. War das die große Politik? Die DSU hatte ihre Schuldigkeit getan. Mit dieser Wahl wurde der alte Dreck wieder nach oben gespült, zwar wehrten und wehren wir uns noch heute gegen die einstigen Machthaber, doch verhindern konnten wir deren "Wiedergeburt" nicht. Und so sitzen noch heute, wie wir alle wissen, die roten und schwarzen Socken überall. Ich möchte nur auf die vielen diesbezüglichen Berichte in unserer Freiheitsglocke hinweisen. Woher aber wollen die Bürger aus dem Westen wissen, wie es einem zumute ist, immer und überall diese Ungerechtigkeiten sehen zu müssen? Es gab und gibt keine Aufarbeitung der Vergangenheit. Es gab sie nur 1945 im Osten, und

zwar gründlich. Ganz anders im Westen. Zwar wurde da auch eingesperrt, aber wie! War deren Verpflegung auch so reichlich und nahrhaft wie bei uns in Bautzen oder Mühlberg? Wie sah es nach meiner Heimkehr aus dem Lager 1950 im Westen aus? Da waren die Sitze im damaligen Plenarsaal längst wieder gefüllt mit braunen Hosen. Und nach deren Art der Aufarbeitung der Geschichte verfuhr man auch bei uns nach 1990.

Und wie verfuhr man mit der Wirtschaft im befreiten Sachsen? Wieder wurden Fabriken, Produktionsstätten, LPGs und selbst große Werke, die gestern für den Export ins westliche Ausland produzierten, dem Erdboden gleich gemacht und auf den frei gewordenen Plätzen fleißig Supermärkte errichtet. Doch was geschah mit den Arbeitern und Angestellten? Entlassungen gab es in großer Zahl, Arbeitslosigkeit folgte. Wir hatten den Krieg ein zweites Mal verloren und mussten erneut für die Fehler anderer büßen! So haben wir zwar eine Diktatur zum Teufel getrieben, den Beelzebub ließ man jedoch am Leben. Und wie sicher und ungehemmt sich dieser in unserem ach so freien Land wohlfühlt, dürfen wir stillschweigend zur Kenntnis nehmen. Und so vertreten uns diese Künstler in Land- und Bundestag und Europarat. Doch wer kümmert sich um die Sorgen und Nöte der kleinen Bürger? Sparkassen, Schulen, Post-Filialen, Behörden wurden vielerorts geschlossen. Für Schulen, Polizei und auch „für uns“ war kein Geld da, es muss gespart werden. Es wird einfach bestimmt was gemacht wird, basta. Und muckt man auf, oh je, da bist du gleich ein Rechter!, so einfach ist das.

Diese Wortwahl in all den Medien regt mich furchtbar auf. Für wie blöd und dumm werden wir eigentlich gehalten, darf man keine eigenen Gefühle und keine eigene Meinung mehr haben, als das von der "linkslastigen" Presse vorgegeben wird? Oder glaubt man an die Vergesslichkeit der Bürger? Oder ist Vergesslichkeit gar erwünscht? Ein Herr Obama nennt den syrischen Präsidenten Assad einen Verbrecher, weil er Fassbomben abwerfen lässt. → Seite 14 oben

Was waren denn dann Obamas Vorgänger, die über Vietnams Dörfer und Ländereien 640.000 Tonnen Napalm abwerfen ließen und 75 Millionen Liter Entlaubungsmittel über Vietnams Wälder versprühten? Warum die einseitige Berichterstattung und Tatsachenverdrehung? Mit welcher Wortwahl wurde die Besitznahme der Krim durch die Russen bedacht? Gab es diese auch bei der Invasion Grenadas durch die USA? Diese Insel wurde besetzt, Widerständler wurden liquidiert, das war's schon. Zwar wurde die USA von der UNO mit 180 Stimmen verurteilt, mehr aber nicht. Obama fühlt sich von dem Land Venezuela bedroht, wörtlich am 07.03.2015: ... er stufe die Lage in Venezuela als Bedrohung für die Sicherheit der USA ein. Venezuela liegt ca. 2.500 km südlich der USA. Wie sollen sich da die Russen fühlen, wenn jetzt schon die Amerikaner hunderte Panzer samt schwerem Kriegsgerät an deren Grenzen stationieren? Was war mit der sogenannten Osterweiterung der NATO? Der Raketenabwehrschild in Polen und Tschechien gegen Raketen aus dem Iran! Wo soll das enden? Sind wir blind oder taub oder erwartet man das von uns? Wo ist unsere Souveränität! Was hat es mit dem 'Abhörskandal auf sich?

Zur Gegenwart, zur Flüchtlingskrise. Wer sind eigentlich die Verursacher dieses Problems? Wer hat den mittleren Osten in Brand gesteckt? Wer zerbombte den Irak und überließ den zwei verfeindeten Glaubensrichtungen Sunniten und Schiiten das Land? Oder ist es unerwünscht, solche Fragen zu stellen? Wer war der Geburtshelfer des 'IS'? Mir tut jeder Mensch leid, der wegen unmenschlicher Bedingungen mit Frau und Kind die Heimat verlassen muss! Die Menschen riskieren Leben und Gesundheit. Jeder sieht täglich die Bilder im Fernsehen, dieses Elend das sich stündlich tausendfach vor unseren Augen abspielt. Wen lässt so etwas kalt? Wie kann man der Katastrophe Einhalt gebieten? Helfen ja, aber wie? Es ist aus meiner Sicht unmöglich, dass unser Land unbegrenzt Flüchtlinge, noch dazu aus fremden Kulturen, aufnehmen kann. Und ich glaube auch, dass sehr viele Menschen mit diesem Problem überfordert sind, zumal die Regierung versäumt hat, hier

aufklärend zu wirken. Und so bleibt es nicht aus, dass es auch Menschen gibt, die mit all dem, was sich zurzeit abspielt, nicht einverstanden sind und sich zur Wehr setzen. Hier tritt die Verlierermentalität offen zutage. Frust und Verbitterung lassen sich schwer beherrschen. Begangene Fehler sollte die Regierung eingestehen, anstatt pauschal ganze Bevölkerungsteile zu beleidigen und als Verbrecher zu verteufeln. Vieles kommt mir vor, als wäre es ein Rückfall in die Verhältnisse der DDR, wo die harmlosesten Vergehen mit ebensolchen Worten von ebensolchen Leuten bedacht und die „Täter“ eingesperrt wurden.

Holt uns die Vergangenheit nun ein? Ich hoffe es nicht, ich wünsche mir, dass die Vernunft auf alle Ebenen (!) zurückfindet. Nur habe ich da meine Zweifel ...

*Siegfried Müller, Sachsen*

### **Der Ort des früheren Leidens blieb unerwähnt** *Der Bundespräsident besuchte Bautzen, aber er richtete kein Wort an die früheren Opfer*

Der vorstehende Beitrag gibt nicht nur die Meinung des Verfassers, sondern vieler VOS-Mitglieder – nicht nur aus Sachsen – wieder. Verwunderung wurde zudem geäußert, dass sich Bundespräsident Gauck wegen des Anschlags auf ein Flüchtlingsheim nach Bautzen begab und dort die Missstände ansprach, wobei er aber kein Wort über die frühere geschichtliche Bedeutung der Stadt in der Oberlausitz verlor. Verbinden sich doch mit ihr die bedrückenden Erinnerungen an die Haftanstalten I und II, die durch Gedenkstätten unleugbar auf ein Unrecht hinweisen, das an vielen unschuldigen Menschen begangen wurde. In der Freiheitsglocke haben wir oft genug – vor allem durch Zeitzeugen – von den Verbrechen der Sowjets und später der DDR berichtet.

Wer den Schauplatz heutiger Verbrechen besucht, der sollte desgleichen der früheren Opfer gedenken. In den Reihen der VOS befinden sich immer noch Betroffene, die die Bautzener Hölle überlebt haben. Sie alle, wie auch die Angehörigen der Toten, leiden nach wie vor an hohen posttraumatischen Belastungen. *Hugo Diederich*

## **Haft, Widerstand und traumatische Störungen**

### *Bücher für Betroffene, deren Angehörige und Interessierte*

Jahrzehnte nach der Haft treten häufig schwere Störungen infolge unmenschlicher Behandlung auf. Ist man früher lediglich von Direktfolgen ausgegangen, so weiß man durch wissenschaftliche Untersuchungen inzwischen, dass sich das Erlebte oft sehr spät, in sehr unterschiedlichen Erscheinungsformen und schließlich auch auf die nachfolgenden Generationen auswirken kann. Krankheitsbilder, die teils erst seit wenigen Jahren als solche anerkannt sind, können durchaus durch frühere schwere Haftschädigungen herbeigeführt worden sein.

Hier hat der Psychosozial-Verlag erneut interessante Veröffentlichungen vorgelegt. Während vielfach in der Öffentlichkeit über den Einfluss der heutigen Stressfaktoren spekuliert und oft das Thema Burnout aufgeführt wird, begegnen uns in der Literatur des Verlages wesentliche Hinweise auf ADHS, Asperger-Syndrom, Bipolare Störungen oder DMDD (Disruptive Mood Dysregulation Disorder, die es allerdings noch zu vertiefen und auf echte Ursachen von Hafterlebnissen in Vorgenerationen hinzuführen gilt.

J. Heilmann, A. Eggert-Schmid, U. Pforr (Hg.): **Neue Störungsbilder - Mythos oder Realität?** *Psychoanalytisch-pädagogische Diskussionen zu ADHS, Asperger-Autismus und anderen Diagnosen.* 32,90 €

Margret Dörr, Johannes Gstach: **Trauma und schwere Störung.** *Pädagog. Arbeit mit psychiatrisch diagnostizierten Kindern und Erwachsenen. Jahrb. f. Psychoanalyt. Pädagogik* 23. 24,90 €

In der Schriftenreihe des Landesbeauftragten Sachsen erschienen ist eine interessante dokumentarische Sammlung mit dem Titel **"Wir haben nur die Straße"** – Reden auf den Leipziger Montagsdemonstrationen '89/90. Sie wurde zusammengestellt von Achim Beier und Uwe Schwabe vom Leipziger Archiv Bürgerbewegung. Die Sammlung enthält 93 Wortbeiträge, die im Zeitraum Oktober 1989 bis März 1990 gehalten wurden.

*Valerie Bosse*



# Ein vertrauenswürdiger Mitstreiter in schlechten und in guten Zeiten

*Wir trauern um Kamerad Werner Sauerzweig, der im Februar 2016 mit 90 Jahren verstorben ist*

Noch im vorigen Jahr, als er seinen 90. Geburtstag feierte, stellten wir



ihn in unserer Zeitung ausführlich vor, und ihm selbst war es ein Bedürfnis, anlässlich dieses besonderen Jubiläums noch einmal persönlich mit dem Redakteur zu sprechen. Dabei war er vielen gut bekannt – und bei allen beliebt. Obwohl er sich freiwillig entschieden hatte, in ein Altenheim zu ziehen, war Werner Sauerzweig geistig noch rege und noch körperlich einigermaßen fit. Auch zur letzten Generalversammlung im Jahr 2014 (Foto), damals 88-jährig, reiste er gemeinsam mit seinem „ständigen Begleiter“ Siegfried Jahnke wieder an. Nun starb er unerwartet, und sein Tod reißt ein Loch, wie wir es ebenso bei anderen verdienstvollen Kameraden erleben mussten.

Über Werner Sauerzweig haben wir in den Jahrzehnten des Bestehens der VOS und des Erscheinens der Fg oft genug berichtet. Lange nahm er am Geschehen unseres Verbandes aktiv teil, was allein durch seine Funktion als Kassensprüfer bedingt war, die er gewissenhaft ausübte. Aber auch darüber wurde in der Fg berichtet. War es doch in schwierigen Zeiten wichtig, dass ein zuverlässiger Mitstreiter die Wahrung der gesetzlichen Zustände in der VOS-Kasse infolge der Prüfung bestätigen und belegen (!) konnte. Immer mal wieder gab es – meist emotional bedingt – Vorwürfe der Veruntreuung und der Oberflächlichkeit. Doch nichts davon stimmte, und dafür stand Werner Sauerzweig als unangefochtener Prüfer mit seinem Namen und seiner Gründlichkeit.

In seiner (neuen) Heimat, in die es ihn nach der Entlassung aus der Haft über familiäre Bindungen verschlug, engagierte sich Werner Sauerzweig für unseren Verband. Er arbeitete sehr aktiv in seiner Bezirksgruppe mit und machte in der lokalen Presse sein

Haftschicksal und die Gefahr der realen kommunistischen Bedrohung publik. Als die VOS im Jahr 2000 ihr fünfzigjähriges Bestehen beging, stellte Kamerad Sauerzweig dem FG-Redakteur aus seiner persönlichen Sammlung mehrere Fotos und authentische Doku-



mente aus der Gründerzeit zur Verfügung, damit sie für die Erstellung der Festschrift („Vergesst uns nicht ...“) berücksichtigt werden konnten.

Werner Sauerzweig hat lange, harte Jahre in der Haft verbracht. Er hat für Taten gebüßt, die er nicht persönlich begangen hat, die aber seiner Generation und unserem ganzen Volk angelastet wurden. Das KZ Buchenwald gehört zu seinen schlimmsten Erfahrungen. Trotzdem hat er mit Mut und Verständnis in sein neues Leben zurückgefunden und sich im Bund mit den Leidensgefährten schließlich wieder aufgerichtet. Die VOS, der er bereits in den 1950er Jahren

beitrat und die er nach Kräften unterstützte, war ihm, wie vielen anderen, eine verlässliche Heimat geworden, die er nach Gründung einer eigenen Familie niemals wieder aufgab.

Von dieser engen Bindung profitieren wir Nachfolgenden noch heute, und so wird es bleiben, solange die VOS besteht. Dafür gelten ihm unser Dank und unsere anhaltende Verbundenheit. Auch Werner Sauerzweig schicken wir, wie den vielen anderen inzwischen verstorbenen Verdienstvollen den ernst gemeinten Satz hinterher: Wir werden Dich und Deine Treue und Kameradschaft im Gedenken bewahren, solange wir als VOS, als Opfer und Widerständler des Kommunismus existieren.

*A. Richter*

## Zu gut für die eigene Partei gewesen?

*Zum Tod des FDP-Politikers Guido Westerwelle*

Überraschend verstarb im März 2016 der ehemalige Außenminister der Bundesrepublik Guido Westerwelle. Wie kein anderer hat er der FDP zu Beginn des Jahrtausends neues Leben eingehaucht und ihr Ansehen und Gewicht verschafft, wodurch sie deutlich an politischem Einfluss gewann. Nachdem er durch die eigenen Mitglieder herausgemobbt wurde, zog er sich aus der Öffentlichkeit zurück und erkrankte zudem schwer. Für die FDP war der erzwungene Rückzug keineswegs von Vorteil.

Auf der politischen Bühne hatten wir ihn und seine exzellenten Redefähigkeiten längst schon vermisst.  
*Hugo Diederich*

## Wir trauern um

**Johannes Simon  
Hanni Sabath  
Harry Roth  
Siegfried Hollenbach  
Waldemar Doering  
Werner Sauerzweig  
Erhard Schubert  
Karl Staack**

**Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland  
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland  
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland  
Bezirksgruppe Dortmund  
Bezirksgruppe Dortmund  
Bezirksgruppe Kiel  
Bezirksgruppe Chemnitz  
Bezirksgruppe Westprignitz**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## TERMINANKÜNDIGUNGEN

### Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945-1989

Die Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945-1989 möchte alle Betroffenen und Interessierten zu folgenden Veranstaltungsterminen einladen:

**Am 29.04.2016 findet ab 18.00 Uhr  
im Industriemuseum Brandenburg eine  
Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen  
und die Filmvorführung „Die Todesautomatik“**

statt. Die Veranstaltung und der Film zeichnen das Leben von Michael Gartenschläger nach, der bei seinem Bemühen, einen der tödlichen Selbstschussautomaten an der innerdeutschen Grenze zu demontieren, von einem Kommando der DDR-Staatssicherheit bereits erwartet und erschossen wurde. Michael Gartenschläger beabsichtigte, diesen Selbstschussautomaten der internationalen Gemeinschaft zu präsentieren, um die DDR-Staatsführung öffentlich der Lüge zu überführen, die eine Installation derartiger Grenzanlagen bestritt. Wir fordern den brandenburgischen Landtag auf, anlässlich des 40. Todestags von Michael Gartenschläger, ihn mit der Verleihung des Verdienstordens zu würdigen.

**Für den 28/29. Mai 2016**

rufen wir bundesweit auf, zu einem Kongress aller ehemaligen politischen Häftlinge der JVA Brandenburg-Görden und Brandenburgs im

**Industriemuseum Brandenburg  
(August-Sonntag-Straße 5, Brandenburg/Havel)  
Podiumsdiskussionen und Fachvorträge  
von Zeitzeugen und zu Medizin, Recht und Soziales.**

Gleichzeitig findet dort unsere zweite Mitgliederversammlung statt, zu der folgende Referenten vorgesehen sind: **Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg**, Generalstaatsanwalt Brandenburg (angefragt), Jens Albert Möller, Präsident des Brandenburgischen Verfassungsgerichts, Dr. Trobisch-Lütge, Dr. Johannes Wasmuth, Diakonisches Werk OLS. Um Anmeldung wird gebeten an: VOS Bundesverband Berlin, mail: vos-berlin@vos-ev.de oder schulz@uokg.de Tel. 0172 2900306

Als Vorstand: J. Sydow, M. Schulz M. Springer

### VOS-Bezirksgruppe OWL lädt ein

*Bitte beachten: neuer Treffpunkt*

Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Ostwestfalen

**Sonnabend, 4. Juni 2016, 11.00 Uhr**

**33649 Bielefeld-Ummeln, Gasthof Gröppel**

Gütersloher Str. 362, Bielefeld, Telefon 0521 / 4 85 13

Folgende Tagesordnung:

- Gedenken unserer verstorbenen Kameraden
- Termin des Vorstands bei MdB Brinkhaus
- Zukunft der VOS / der Bezirksgruppe
- Flüchtlingskrise – neue Perspektiven u. Herausforderung
- kameradschaftliches Beisammensein

Anfahrt über die A 33 bis Autobahnkreuz Bielefeld- Ostwestfalendamm, danach Bundesstraße in Richtung Gütersloh. Der Gasthof Gröppel befindet sich an der dritten Ampel rechts. Einladender und Organisator ist wie immer:

*Bernd Pieper (Handy-Nr. 0175 / 234 21 24)*

### VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**

**PVSt Deutsche Post**

**Entgelt bezahlt**

**G 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

#### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax: 030 - 2655 23 82**

E-Mail-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01**

**BIC: PBNK DEFF**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

#### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

**Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82**

**E-Mail: [lv-berlin@vos-ev.de](mailto:lv-berlin@vos-ev.de)**

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de), Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei E-Mails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: [satzherstellung@gmx.de](mailto:satzherstellung@gmx.de). Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

#### Jahresbeiträge:

- |  |         |
|--|---------|
| – <b>einheitlich für alle Mitglieder</b> | 45,00 € |
| – Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)      | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder              | 2,60 €  |
| – Abonnement der Freiheitsglocke         | 24,00 € |

#### **Spenden unbedingt erbeten!**

**Internetseiten der VOS [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)**

Fg-Nummer 763/764 erscheint im Juni 2016

Redaktionsschluss der FG 761/62 am 15. April 2016